

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 68 (1989)  
**Heft:** 11  
  
**Rubrik:** SP-Telegramme

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 04.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Das war ein *Super-Abstimmungs-wochenende* für die SP am 26. November: Yvette Jaggi ist zur Sin-dique von Lausanne gewählt worden, und gesamtschweizerisch wurde die bisherige SP-Politik bei Umweltschutz, Verkehr und Militär vollumfänglich bestätigt. Die Stimmberechtigten haben klar gemacht, dass sie jetzt zwar nicht gar kein, aber viel weniger Militär wollen. Das EMD-Tabu ist gebrochen. Verflogen ist zudem auch endlich das ewige Märchen der Autolobby und von der nicht vorhandenen «Akzeptanz» für eine problemlösungsgerechte Umwelt- und Verkehrspolitik. Wir werden nun hartnäckig unseren Kurs weiterverfolgen. Und wenn die Parlamentsmehrheit stur bleibt, müssen die Wahlen 1991 die politischen Kräfteverhältnisse entsprechend korrigieren.



Die Sturheit der bürgerlichen Mehrheit zeigte sich gleich nach der Abstimmung. Den bereits vor dem 26. November beschlossenen *Rückweisungsantrag der SP-Fraktion beim EMD-Budget* hat der Nationalrat mit grosser Mehrheit nach viel militärpolitischer Schaumschlägerei verworfen. Die SP-Rückweisung wollte ein militärisches Nullwachstum erreichen. Das wäre ein politisches Zeichen gewesen nach der EMD-Schlappe. Doch, unflexi-

bel, liess der Rat dem EMD sein 11-Prozent-Wachstum oder über 500 Millionen Franken mehr als 1989. Zum Vergleich: Dieser Mehrbetrag allein ist höher als das Gesamtbudget des Bundes für Umwelt, Wald und Landschaft!



Die SP-Fraktion setzte in der Wintersession aber auch andere Zeichen. Die Hauptforderungen, die die SP aus dem PUK-Bericht ableitet, sind: 1. Ausweitung der Untersuchung auf die Geheimbereiche (sprich: Dunkelkammern) im EMD; 2. Abschaffung der einer demokratischen und offenen Gesellschaft spottenden Politischen Polizei; 3. die sofortige Einsicht für alle Betroffenen in ihre Personalakten bei der Bundespolizei. Die hervorragende PUK-Arbeit entstand, notabene, unter der Leitung von SP-Nationalrat Moritz Leuenberger. Von der SP mit dabei waren auch Ständerätin Esther Bühler und Ständerat Thomas Onken.



Der SPS-Parteivorstand hat im Dezember auch eine zweite gründliche Aussprache zur Reform der 2. Säule bzw. den dadurch notwendigen Ausbau der AHV geführt. In bester Zusammenarbeit mit dem VPOD und dem Gewerkschaftsbund,

steuern wir mit zielsicheren Schritten auf eine Volksinitiative zu. Der Parteitag von Ende April wird darüber entscheiden.



Der Parteitag wird auch eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten wählen. Die *Nachfolge von Helmut Hubacher* ist nicht einfach. Gut ist aber in jedem Fall, dass der Parteileitung mehrere sehr gut qualifizierte Persönlichkeiten zur Verfügung stehen. Das hat eine gründliche Aussprache in der Geschäftsleitung Mitte Dezember gezeigt. Eines ist sicher: Der ordentliche Parteitag 1990 wird einen politischen und personellen Neubeginn markieren und die Kontinuität des bisher Erreichten garantieren.



Die SPS hat sich in einer Vernehmlassung an die Bundesbehörden unmissverständlich für die *Legalisierung des Drogenkonsums* und die therapeutische Abgabe von Heroin durch Ärztinnen und Ärzte ausgesprochen. Aus SP-Sicht muss unsere Gesellschaft lernen, mit den von ihr verursachten Süchten der Menschen zu leben. Sie muss sich deshalb weniger mit Repressionsmitteln dagegen wehren, als vielmehr soziale Hilfen und vorbeugende Beratung anbieten.